

Inklusion im Job: Barrieren für Menschen mit Behinderungen überwinden!

Am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen thematisieren Experten die Hürden im Arbeitsmarkt und fordern Inklusion.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen bringt wichtige Anliegen ans Licht: Romana Deckenbacher, die FCG-Bundesvorsitzende und ÖGB-Vizepräsidentin, fordert mehr Chancengleichheit und Inklusion im Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. In einer aktuellen Erklärung kritisierte sie die bestehenden Barrieren, die es behinderten Menschen weiterhin erschweren, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. „Arbeitgeber:innen müssen stärker sensibilisiert und Förderprogramme ausgebaut werden, um bessere berufliche Perspektiven zu schaffen“, so Deckenbacher. Ihre zentralen Forderungen umfassen eine individuelle Förderung der Aus- und Weiterbildung, sowie die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen durch Sensibilisierung der Arbeitgeber und den Ausbau von Förderprogrammen.

Die Bedeutung der politischen Repräsentation von Menschen mit Behinderungen wird durch die Entwicklungen im Hintergrund hervorgehoben. Seit den 1980er Jahren, als die Behindertenbewegung an Fahrt gewann, sind unzählige Initiativen entstanden, um die Interessen der Betroffenen selbst zu vertreten. Dieses Engagement führte nicht nur zur Etablierung nationaler Anti-Diskriminierungsgesetze, sondern auch zur Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Diese Konvention gewährleistet, dass Menschen mit

Behinderungen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollten. Doch trotz dieser Fortschritte gibt es erhebliche Zweifel an der Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation, insbesondere in föderalen Strukturen wie in Deutschland, wo Ressourcen und politische Mitbestimmung oft unzureichend sind, wie die **bpb** berichtet.

Ein langer Weg zur Inklusion

Die Herausforderungen bleiben bestehen: Anders als angestrebt, sind viele Behindertenverbände in den politischen Entscheidungsprozessen marginalisiert. Sie berichten von fehlender Transparenz bei der Einbindung in Gesetzesvorlagen und dass ihre Ansichten nur unzureichend berücksichtigt werden. Die UN-BRK fordert die Beteiligung von Behindertenverbänden, sieht jedoch erhebliche Hürden in der praktischen Umsetzung. Wie Deckenbacher betont, ist Inklusion ein kontinuierlicher Prozess, der das Engagement von Politik und Gesellschaft erfordert. „Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, Barrieren abzubauen“, fordert sie abschließend.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at